

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Julian Joswig, Dr. Andrea Lübcke, Ayse Asar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/7227 –**

Wirtschaftliches Potenzial der Biotechnologie und aktuelle Entwicklungen bei der BioNTech SE

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Biotechnologie ist die zentrale Schlüsseltechnologie für Gesundheitsversorgung, industrielle Innovation und technologische Souveränität. Im Jahr 2024 waren in Deutschland 1 020 Biotechnologieunternehmen mit rund 56 000 Beschäftigten ansässig; der Branchenumsatz lag bei etwa 11 Mrd. Euro, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben bei rund 4,6 Mrd. Euro (www.bmfr.bund.de/DE/Forschung/Schluesselformen/Biotechnologie/biotechnologie_node.html). Zugleich weisen aktuelle Branchenanalysen darauf hin, dass die deutsche Biotechnologie trotz starker wissenschaftlicher Grundlagen bei Finanzierung, Skalierung, klinischer Entwicklung, Regulierung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit vor erheblichen Herausforderungen steht (www.ey.com/de_de/insights/health/die-deutsche-biotech-branche-und-der-globale-wettbewerb).

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ist für die Bundesregierung festgehalten, die Biotechnologie als „Schlüsselindustrie“ zu fördern und Gründungen in diesem Bereich durch bessere Bedingungen zu unterstützen (www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koalitionsvertrag_2025.pdf). Zudem zählt die Biotechnologie zu einem Förderschwerpunkt des aufgelegten Deutschlandfonds; durch Garantien und Beteiligungen sollen private Investitionen von etwa 130 Mrd. Euro mobilisiert werden (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschlandfonds-gestartet-2400860).

Eine besondere Aufmerksamkeit gilt dem Unternehmen BioNTech SE, das während der COVID-19-Pandemie die biotechnologische Innovationskraft des deutschen Standorts unter Beweis gestellt hat und erst vor wenigen Monaten das Unternehmen CureVac übernommen hatte, an welchem der Bund beteiligt war (www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/biontech-curevac-uebernahme-102.html). Nach aktuellen Berichten plant das Unternehmen die Schließung mehrerer Produktionsstandorte in Deutschland und im Ausland, insgesamt könnten bis zu 1 860 Stellen betroffen sein (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/biontech-schliesst-standorte-in-deutschland-1860-stellen-in-gefahr-a-21bcb7ab-5987-4bf1-a00d-7e7e8dbb46f7). Außerdem prüft der US-Konzern Moderna die Übernahme von BioNTech-Werken (www.handelsblatt.com).

t.com/unternehmen/industrie/pharma-us-konzern-moderna-prueft-kauf-von-biotech-werken/100233087.html).

Vor diesem Hintergrund zeigt sich ein komplexes Lagebild zum Stand der Biotechnologie in Deutschland sowie dem bestehenden und möglichen Potenzial für Innovation und wirtschaftliche Wertschöpfung in einer zentralen Zukunftstechnologie.

1. Welche Gespräche hat die Bundesregierung seit Mai 2025 mit den Unternehmen BioNTech SE und CureVac, den betroffenen Ländern, Gewerkschaften, Betriebsräten oder regionalen Akteuren über die Zukunft der Branche und der Unternehmensstandorte geführt (bitte nach Datum, Gesprächspartnern und Themen auflisten)?

Die Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre pflegen in jeder Wahlperiode im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren aller gesellschaftlichen Gruppen. Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche bzw. deren Ergebnisse – einschließlich Telefonate – besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der Bundesregierung zu der Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke auf Bundestagsdrucksache 18/1174). Zudem werden Gesprächsinhalte nicht protokolliert. Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig. Soweit der Bundeskanzler von dem Regierungssprecher begleitet wurde, sind solche Terminbegleitungen nicht gesondert aufgeführt.

Datum	Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Gesprächspartner	Thema
23. Mai 2025	Staatssekretär Frank Wetzel, BMWE	Dr. James Ryan/ Chief Legal und Chief Business Officer BioNTech SE, Peter Mitterhofer/ Geschäftsführer BioNTec Europe GmbH, Dr. Alexander Zehnder/CEO CureVac, Thiminda Ramanayake, Chief Business Officer CureVac, Dr. Marco Rau/ General Counsel und Senior Vice President Legal & Compliance, CureVac und Marcus Cano/ Head of Business Development Operations CureVac	Biontechs Pläne einer vollständigen Übernahme von CureVac
30. Mai 2025	Bundesministerin Katherina Reiche, Staatssekretär Wetzel, BMWE	Prof. Dr. Ugur Sahin	Geplante Übernahme von CureVac durch BioNTech
10. Juni 2025	Bundeskanzler Friedrich Merz, BKAmT	Uğur Şahin, Özlem Türeci	Austausch am Rande der Verleihung des Deutschen Nationalpreises 2025
12. Juni 2025	Staatssekretär Wetzel	Peter Mitterhofer, General Manager Germany Mike Schuster, Director Public Affairs	Geplante Übernahme von CureVac durch BioNTech

Datum	Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Gesprächspartner	Thema
12. Oktober 2025	Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Georg Kippels, BMG	Professor Dr. Pedro L. Alonso, Head of Global Health Office, Senior Vice President Science and Medicine	Globale Gesundheit, Impfprävention
12. November 2025	Bundesministerin Nina Warken, BMG	Peter Mitterhofer, Geschäftsführer BioNTech SE	Pharma- und Medizintechnikstrategie der Bundesregierung
12. November 2025	Bundeskanzler Merz, Bundesministerin Warken, Bundesministerin Dorothee Bär (BMFTR), Parlamentarischer Staatssekretär Stefan Rouenhoff (BMWE) und Staatssekretär Dr. Steffen Meyer (BMF)	Auftakt zur Pharma- und Medizintechnikstrategie, u. a. Teilnahme von Peter Mitterhofer (Geschäftsführer)	Austausch u. a. zu Markt- und Rahmenbedingungen sowie Herausforderungen der Pharmaindustrie in DEU
9. Dezember 2025	Bundeskanzler Merz	Uğur Şahin, Özlem Türeci, Alexander Schweitzer	Austausch zu Life-Science- und Biotech-Standort Mainz und Rheinland-Pfalz
23. Januar 2026	Staatssekretär Christian Luft, BMG	Andrea Schmetz, Director Market Access, BioNTech	Teilnahme am Pharma- und Medizintechnikdialog der BuReg (2. AG-Sitzung zum Thema „Nutzenbewertung und EU-HTA“)
28. Januar 2026	Staatssekretär Luft	Dr. Harald Gschaidmeier, Executive Director Global Medical Affairs, BioNTech	Teilnahme am Pharma- und Medizintechnikdialog der BuReg (2. AG-Sitzung zum Thema „Biotechnologie und klinische Prüfungen“)
5. Mai 2026	Parlamentarischer Staatssekretär Sören Bartol, BMWSB	Betriebsrat BioNTec	Standort Marburg
18. Mai 2026	Parlamentarischer Staatssekretär Bartol	Anuscha Höhn, Associate Director Public Affairs	allg. Austausch zur Situation der Pharmabranche
29. Mai 2026	Parlamentarischer Staatssekretär Kippels	PSt Sören Bartol MdB	Werksschließung; insb. Produktionsstandort von BioNTech in Marburg

2. Welche Gespräche hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden der von BioNTech angekündigten Standortschließungen mit potenziellen Investoren, insbesondere Moderna, sowie mit weiteren betroffenen Akteuren geführt, und welche konkreten Ergebnisse oder Verhandlungsstände liegen dazu vor (bitte nach Datum, Gesprächspartnern und Themen auflisten)?

Es sind keine dementsprechenden Gespräche bekannt.

3. Wurden die Anteile des Bundes an der Firma CureVac durch die Übernahme von der BioNTech SE erworben, wenn ja, zu welchen Konditionen, und wenn nein, welche vertraglichen Konditionen bestehen nun gegenüber der BioNTech SE?

BioNTech hat im Jahr 2025 CureVac vollständig übernommen, der Bund hat nach Verhandlungen mit BioNTech einem Aktientausch von CureVac-Aktien gegen BioNTech-Aktien zugestimmt und ist nunmehr mit 0,6 Prozent an BioNTech beteiligt (anstelle von zuvor 13,3 Prozent an CureVac). Der Bund hat

wegen dieser geringen Beteiligung kein Recht, einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, und auch im Übrigen – über die allgemeinen Aktionärsrechte hinaus – keine Einflussmöglichkeit auf unternehmerische Entscheidungen von BioNTech.

4. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den geplanten Stellenabbau, die Standortschließungen und die strategische Neuaufstellung der BioNTech SE in Deutschland?

Die Bundesregierung wurde vor der öffentlichen Bekanntgabe durch das Unternehmen über den geplanten Stellenabbau, die Standortschließungen und die strategische Neuaufstellung informiert.

5. Welche wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und innovationsbezogenen Folgen erwartet die Bundesregierung durch die geplanten Standortschließungen und Umstrukturierungen bei BioNTech für die betroffenen Standorte, Beschäftigung, regionale Innovationsökosysteme und industrielle Produktionskapazitäten in Deutschland?

Die Folgen für den Innovationsstandort Deutschland sind derzeit nur schwer abzuschätzen. Mögliche Auswirkungen sind Arbeitsplatzverluste, eine Schwächung regionaler Innovationsökosysteme sowie Veränderungen bei Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten. Dies hängt jedoch ab von der konkreten Umsetzung der beabsichtigten Umstrukturierungen und deren Auswirkungen auf die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Deutschland, ob und inwieweit Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung mit deutschen Partnern gestoppt oder aufrechterhalten werden sowie von der möglichen Signalwirkung der Entscheidung von BioNTech auf weitere Akteure im Innovationssystem und von der Entwicklung der wirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung arbeitet intensiv an einer Verbesserung der innovationspolitischen Rahmenbedingungen.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuellen und zukünftigen Produktionskapazitäten und die damit verbundene Impfstoffversorgung in Deutschland vor dem Hintergrund des möglichen Wegfalls von BioNTech-Produktionsstätten, wie wirken sich die Standortschließungen auf die geschlossenen Pandemiebereitschaftsverträge zur Pandemievorsorge und die Reaktionsfähigkeit im Krisenfall aus, und welche industriepolitischen Maßnahmen zieht die Bundesregierung zur dauerhaften Sicherstellung der Impfstoffversorgung in Erwägung?

In der Europäischen Union sind mehrere COVID-19-Impfstoffe verschiedener pharmazeutischer Unternehmen zugelassen; die vorhandenen Produktionskapazitäten gewährleisten grundsätzlich die Versorgung im Rahmen der Regelversorgung.

Für die Pandemievorsorge hat Deutschland neben BioNTech mit zwei weiteren Firmen Pandemiebereitschaftsverträge (PBV) abgeschlossen.

Zudem hat die Europäische Kommission eine vergleichbare vertragliche Absicherung von Herstellungskapazitäten in Form der europäischen PBV (EU-FAB) aufgebaut. Damit werden Produktionskapazitäten für verschiedene Herstellungstechnologien für insgesamt 325 Millionen Impfstoffdosen für den Fall einer erneuten Pandemie für die EU-Mitgliedstaaten reserviert, was ebenfalls zur Versorgungssicherheit im Pandemiefall beiträgt.

Sollte die Firma BioNTech ihre vertraglichen Verpflichtungen infolge von Standortschließungen nicht mehr erfüllen können, wären die daraus folgenden vertragsrechtlichen Konsequenzen zu prüfen.

7. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Entwicklungen bei BioNTech sowie der allgemeinen Branchenlage für die strategische Resilienz und Zukunftsfähigkeit des Biotechnologiestandorts Deutschland?

Aus den aktuellen Entwicklungen bei BioNTech lassen sich keine abschließenden Rückschlüsse auf die Zukunftsfähigkeit des gesamten Biotechnologiestandorts Deutschland ziehen. Sie unterstreichen jedoch die Bedeutung wettbewerbsfähiger und resilienter Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsbedingungen. Biotechnologische Innovationen sollen möglichst rasch und effizient von der Forschung in die Anwendung überführt werden. Hierzu gehören u. a. bessere Rahmenbedingungen für Pilot- und Demonstrationsanlagen, die Skalierung biotechnologischer Verfahren und zügige Genehmigungsverfahren.

8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welchem Umfang durch die Umstrukturierung bei BioNTech strategisch relevante Kompetenzen in den Bereichen mRNA (Messenger-Ribonukleinsäure), Onkologie, Impfstoffentwicklung oder biopharmazeutische Produktion in Deutschland verloren zu gehen drohen?

Die Forschungs- und Entwicklungszyklen in den Bereichen Boten-Ribonukleinsäure (mRNA), Onkologie, Impfstoffentwicklung oder Biopharmazeutika sind langfristig und komplex. Die konkreten Folgen für den Standort Deutschland sind daher derzeit nur schwer abzuschätzen. Gesicherte Erkenntnisse liegen dazu nicht vor.

9. Welches Potenzial sieht die Bundesregierung durch die bestehenden Biotechnologienetzwerke an den Standorten von BioNTech, CureVac und anderen Biotechnologieunternehmen, und wie kann dieses Know-how gezielt genutzt und gesichert werden?

Gerade in der Biotechnologie sind starke Innovationsnetzwerke entscheidend, um Erkenntnisse aus der Spitzenforschung erfolgreich in wirtschaftliche und klinische Anwendungen zu überführen. Das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt fördert langfristige Kooperationen, unter anderem im Rahmen der technologieoffenen Zukunftscluster-Initiative und der Initiative Forschungscampus. Dadurch werden exzellente Forschungseinrichtungen, Unternehmen und weitere Akteure entlang der Innovationskette vernetzt und der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in marktfähige Produkte und medizinische Anwendungen beschleunigt.

10. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den Erhalt und die Weiterentwicklung strategisch relevanter biotechnologischer Produktions- und Entwicklungsfähigkeiten in Deutschland sicherzustellen?

Die Bundesregierung stärkt strategisch relevante biotechnologische Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsfähigkeiten insbesondere durch die Hightech Agenda Deutschland, die Technologie-Roadmap Biotechnologie sowie Maßnahmen der Forschungs-, Transfer- und Gründungsförderung. Ergänzend werden die Rahmenbedingungen für Pilotierung, Skalierung und indus-

trielle Anwendung sowie der Zugang zu Kapital und geeigneten Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsinfrastrukturen weiter verbessert. Zudem verweisen wir auf die Antworten zu den Fragen 16 und 17.

11. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf die Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologie- und Pharmastandorts Deutschland, wenn BioNTech Standorte schließt und zugleich Unternehmen wie Boehringer Ingelheim, Eli Lilly und andere ihre Investitionen zurückfahren (www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2026-06/boehringer-ingelheim-investitionen-pharmaindustrie-deutschland)?

Die Bundesregierung bewertet Unternehmensentscheidungen grundsätzlich nicht. Sollten sich jedoch Standortschließungen und eine Zurückhaltung bei Investitionen mehrerer Unternehmen verfestigen, könnten dies die Attraktivität des Standortes Deutschland, die Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologie- und Pharmastandorts Deutschland beeinträchtigen. Die Bundesregierung setzt sich daher im Rahmen ihrer Standortpolitik für gute Rahmenbedingungen für Innovation, Produktion und Wertschöpfung in Deutschland ein.

12. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Verunsicherung der Pharma- und Biotechnologiebranche für die Wettbewerbsfähigkeit des Pharmastandorts Deutschland, die Planungssicherheit für Unternehmen sowie den Erhalt und Ausbau von Produktions-, Forschungs- und Entwicklungsstandorten, und welche Maßnahmen plant sie hierzu?

Die Bundesregierung misst einer wettbewerbsfähigen Pharma- und Biotechnologiebranche eine hohe Bedeutung für die Gesundheitsversorgung, die Innovationskraft und den Wirtschaftsstandort Deutschland bei. Entsprechend ist im Koalitionsvertrag vereinbart, die industrielle Gesundheitswirtschaft, insbesondere die pharmazeutische Industrie und Medizintechnik, als Leitwirtschaft weiter zu stärken. Hierzu hat die Bundesregierung den ressortübergreifenden Pharma- und Medizintechnikdialog initiiert, um gemeinsam mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren die Rahmenbedingungen für den Standort zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Die Erkenntnisse aus dem Dialogprozess bilden die Grundlage für eine Pharma- und Medizintechnikstrategie. Diese soll noch in diesem Herbst im Kabinett beschlossen werden und geeignete Maßnahmen zur Stärkung des Pharmastandorts Deutschland bündeln. Im Anschluss erfolgt die zeitnahe Umsetzung.

Auf die Antwort zu Frage 16 wird verwiesen.

13. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung von Umsatz, Beschäftigung, Investitionen, Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie Gründungsdynamik in der deutschen Biotechnologie seit 2020, jeweils differenziert nach Bundesländern und den Segmenten medizinische, industrielle, agrobiotechnologische und sonstige Biotechnologie?

Die Bundesregierung erhebt keine eigene, einheitliche Statistik, die sämtliche abgefragten Kennzahlen zugleich nach Bundesländern und den genannten Teilssegmenten der Biotechnologie ausweist. Es liegen daher auch keine eigenen Erkenntnisse vor.

14. Welche Teilbereiche der Biotechnologie in Deutschland – insbesondere Gesundheitsbiotechnologie, industrielle Biotechnologie und agrar- bzw. ernährungsbezogene Biotechnologie – entwickeln sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit positiv, und in welchen Bereichen bestehen besondere strukturelle Defizite?

Die Bundesregierung erhebt selbst keine Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung der industriellen Biotechnologie sowie zu besonderen strukturellen Defiziten.

Positive Entwicklungen sieht die Bundesregierung bei den innovativen biotechnologischen Arzneimittelentwicklungen, sie spiegeln in besonderem Maße den technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt in der Arzneimittelentwicklung wider. Die Zulassung innovativer Arzneimittel ist auch mit Blick auf den positiven Trend bei der Genehmigung von Neuanträgen im Bereich der klinischen Prüfung von biomedizinischen Arzneimitteln zu erwarten (www.pei.de/DE/regulation/klinische-pruefung/bearbeitungsstatistik/statistik-node.html). Weiterhin setzen Leuchtturmprojekte, wie die Errichtung einer Bioraffinerie in Leuna (Sachsen-Anhalt) zur Umwandlung von Laubholz zu biobasierten Grundchemikalien positive Impulse für die Entwicklung der industriellen Biotechnologie in Deutschland. Zunehmend an Bedeutung gewinnt auch die Entwicklung von biotechnologischen Herstellungsverfahren für alternative Proteinquellen (z. B. Zellkulturbasierte Methoden, Präzisionsfermentation).

15. Welche zentralen Hemmnisse für die Entwicklung der Biotechnologie in Deutschland sieht die Bundesregierung derzeit, insbesondere bei Finanzierung, klinischer Entwicklung, Skalierung, Produktion, Regulierung, Fachkräften und Technologietransfer?

Deutschland verfügt über eine exzellente Grundlagenforschung und angewandte Forschung in der Biotechnologie. Zentrale Hemmnisse sieht die Bundesregierung beim Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in marktfähige Produkte und Verfahren. Biotechnologische Entwicklungen sind häufig durch lange Entwicklungszyklen, hohe Investitionsbedarfe u. a. bei der klinischen Erprobung und erhebliche technologische sowie wirtschaftliche Risiken gekennzeichnet. Insbesondere die Verfügbarkeit von Frühphasen- und Wachstumsfinanzierungen sowie die Verfügbarkeit von Wagniskapital in der Skalierungsphase bleibt neben den regulatorischen Anforderungen daher eine Herausforderung.

Im Rahmen der Skalierung biotechnologischer Produktionsprozesse ist der erforderliche Nachweis der Robustheit, Reproduzierbarkeit und Wirtschaftlichkeit regelmäßig kosten- und zeitintensiv und erfordert den Zugang zu spezialisierten Entwicklungs-, Pilotierungs- und Produktionsinfrastrukturen. Die erforderlichen Ressourcen sind insbesondere für Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen häufig nur eingeschränkt verfügbar oder zugänglich.

Darüber hinaus können Engpässe bei qualifizierten Fachkräften die Entwicklung und Umsetzung biotechnologischer Vorhaben erschweren.

16. Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um die im Koalitionsvertrag (s. Vorbem.) angekündigte Zielsetzung umzusetzen, Deutschland zum „weltweit innovativsten Chemie-, Pharma- und Biotechnologiestandort“ zu machen?

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2025 den Entwurf für eine Verordnung zur Schaffung eines Maßnahmenrahmens zur Stärkung der Bio-

technologie- und Bioproduktionsbranche der Union, insbesondere im Gesundheitsbereich, und zur Änderung weiterer Verordnungen (Biotech Act I) vorgelegt. Die Vorschläge dienen der Stärkung des Biotechnologiesektors, aber auch des Pharma- und Forschungsstandortes Europa allgemein. Insbesondere umfasst der Vorschlag auch Änderungen der Regelungen zu klinischen Prüfungen mit Humanarzneimitteln (u. a. schnellere Genehmigungsverfahren und effizientere Verfahrensabläufe). Gute Rahmenbedingungen für klinische Prüfungen sind von besonderer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union im Bereich der hoch innovativen Arzneimitteltherapien; sie ermöglichen Patientinnen und Patienten außerdem frühzeitigen Zugang zu neuen innovativen Arzneimitteln. Die Bundesregierung begrüßt die Initiative der EU-Kommission für den Gesundheitsbereich und bringt sich aktiv in die Verhandlungen auf EU-Ebene ein. Ein weiterer Entwurf für einen EU Biotech Act II (industrielle Biotechnologie) soll voraussichtlich im 4. Quartal 2026 veröffentlicht werden.

Des Weiteren wird die Bundesregierung bei der Umsetzung des EU-Pharmapakets sowie der SoHo-Verordnung (Verordnung (EU) 2024/1938) und der damit verbundenen Überarbeitung des Arzneimittelrechts darauf hinwirken, bürokratische Hürden abzubauen und regulatorische Prozesse zu vereinfachen.

In der am 26. März 2026 vorgelegten Chemieagenda werden kurzfristige Handlungsbedarfe sowie mittel- und langfristige Maßnahmen beschrieben, um das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, Deutschland zum weltweit innovativsten Chemie-, Pharma- und Biotechnologiestandort zu machen, zu erreichen.

Zudem arbeitet die Bundesregierung auch im Rahmen der Hightech Agenda Deutschland daran, Schlüsseltechnologien wie die Biotechnologie so effizient wie möglich vom Labor in die Anwendung zu bringen. Für die Schlüsseltechnologie Biotechnologie hat die Bundesregierung eine Technologie-Roadmap vorgelegt, mit der wesentliche Schritte hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und technologischer Souveränität definiert werden. Sowohl im Rahmen der Hightech Agenda Deutschland als auch mit dem Pharma- und Medizintechnikdialog entwickelt die Bundesregierung derzeit konkret umsetzbare Maßnahmen und Konzepte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Pharma- und Biotechnologiebranche.

Des Weiteren wird auf die Antworten zu den Fragen 17 und 22 verwiesen.

17. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Amtsantritt im Mai 2025 bereits eingeleitet oder vorbereitet, um die Biotechnologie in Deutschland stärker zu fördern?

Seit Amtsantritt hat die Bundesregierung mehrere konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Biotechnologie eingeleitet, insbesondere im Rahmen der Hightech Agenda Deutschland. Dazu gehören die Fördermaßnahmen BioValid, BioDigitalHub, PhytoProtect, Biotech4Proteins, der Eureka Biotech-Call sowie Bioökonomie International 2027.

Mit bis zu 100 Mio. Euro unterstützt sie zudem den Aufbau des Berlin Center for Gene and Cell Therapies, um die Entwicklung und klinische Anwendung gen- und zellbasierter Therapien zu beschleunigen. Mit der im Juli 2026 veröffentlichten Förderrichtlinie für Transferhubs der Transferinitiative F.A.S.T (Forschung, Ausgründungen, Skalierung, Transfer) wird zudem der Transfer von der Forschung in die wirtschaftliche Anwendung gestärkt. Die Bewerbungsphase für die Transferhubs läuft derzeit, dabei können auch Bewerbungen für Konzepte für Biotechnologie-Transferhubs eingereicht werden. Ergänzend soll die Startup- und Scaleup-Strategie den Zugang zu Kapital sowie For-

schungs-, Entwicklungs- und Produktionsinfrastrukturen verbessern. Des Weiteren wird auf die Antworten zu den Fragen 16 und 22 verwiesen.

18. Wie ist der Stand der Planung eines Zukunftsfonds II mit Fokus auf Ausgründungen und Wachstum im Deep-Tech- und Biotech-Bereich?

Die Startup- und Scaleup-Strategie der Bundesregierung bekräftigt die Verstärkung von Zukunftsfonds / Zukunftsfonds II. Die entsprechenden Maßnahmen mit Fokus auf Ausgründungen und Wachstum befinden sich aktuell in Abstimmung.

19. Welche Volumina, Instrumente, Zielgruppen und Zugangsbedingungen sind für den Deutschlandfonds und den Zukunftsfonds II nach derzeitigem Stand vorgesehen, und inwieweit sollen Biotechnologieunternehmen, insbesondere in der Wachstums-, klinischen und Skalierungsphase, gezielt adressiert werden?

Die Finanzierungsinstrumente des Bundes sind grundsätzlich branchenoffen ausgestaltet und stehen damit auch Biotechnologie-Unternehmen offen. Der Zukunftsfonds ist die Venture Capital-Säule des Deutschlandfonds. Als solches sind alle Module des Zukunftsfonds auch Module des Deutschlandfonds. Ergänzt wird dies durch die zusätzlichen Mittel, die im Rahmen der Verstärkung des Zukunftsfonds (siehe die Antwort zu Frage 18) bereitgestellt werden. Das Volumen und die genauen Anlagekriterien der Instrumente werden aktuell erarbeitet. Die Mittel werden aber gemäß derzeitiger Planungen für Investitionen in private Venture Capital (VC) Fonds genutzt werden. Schwerpunktfelder wie Biotechnologie sollen in den Anlagekriterien berücksichtigt werden.

Mit WIN 400 als Teil der VC-Säule des Deutschlandfonds wird die KfW Capital bis 2029 400 Mio. Euro in innovative Fonds und Finanzierungslösungen investieren. Die KfW Capital investiert hier in private VC-Fonds, die ihrerseits auch wiederum in Unternehmen der Biotechnologie investieren können. Zusätzlich werden im Rahmen des Deutschlandfonds Instrumente für Direktbeteiligungen an Start-ups der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, sowie für Investitionen in VC-Fonds, die sich auf Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie spezialisiert haben, geschaffen. Auch hier werden aktuell das Volumen und die genauen Anlagekriterien der Instrumente erarbeitet. Unternehmen der Biotechnologie sind hier allerdings keine Zielgruppe.

20. Welche weiteren Finanzierungsinstrumente plant die Bundesregierung für Biotechnologieunternehmen in Deutschland, insbesondere für Ausgründungen, klinische Entwicklung, Produktionsskalierung und wachstumsstarke mittelständische Unternehmen?

Die Beantwortung der Frage 20 hat auch Bezüge zu den Fragen 22 und 23:

Das Förderprogramm exist „Existenzgründungen aus der Wissenschaft“ fördert grundsätzlich alle Technologien und Branchen. Die exist Startup Factory „GOe FUTURE“ wird im Rahmen des exist-Leuchtturmwettbewerbs gefördert und ist die einzige der zehn Startup-Factories mit ausschließlichem Fokus auf wissenschaftsbasierte Ausgründungen in den Life Sciences. Die Factory adressiert damit genau jene Hürden, die Biotechnologie-Ausgründungen von anderen Ausgründungen unterscheiden: lange Entwicklungszyklen, komplexe regulatorische Anforderungen und einen überdurchschnittlich hohen Kapitalbedarf. Sie tut dies durch Vermittlung von Kapitalzugang, Bereitstellung spezialisierter Infrastruktur, ein Netzwerk aus Life-Science-Coaches sowie ein internationales

Ökosystem. Mit dem exist Modellprojekt „chemstars“ fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein Public-Private-Partnership, die wissenschaftsbasierte Ausgründungen im Bereich Chemie und industrieller Biotechnologie an Industriepartner (u. a. Bayer, Evonik, Henkel, Currenta) und Kapitalgeber heranführt. Die Bundesregierung hat in der Startup- und Scaleup-Strategie angekündigt, die Ergebnisse der laufenden Modellprojekte nach Ablauf der Förderperiode zu sichern und bei erfolgreicher Evaluation eine Fortsetzung anzustreben.

Zur Ergänzung der obigen Instrumente, die sich vor allem auf Start-ups und Scale-ups fokussieren, prüft die Bundesregierung wie auch der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mezzanine-Finanzierungen gestärkt werden kann. Ein entsprechendes Instrument würde dann auch Biotechnologie-Unternehmen mitadressieren.

21. Welche Rolle misst die Bundesregierung der Biotechnologie in ihrer Hightech-Agenda und ihrer industrie- und innovationspolitischen Strategie insgesamt bei?

Die Biotechnologie ist eine der zentralen Schlüsseltechnologien der Hightech Agenda Deutschland und ein wesentlicher Bestandteil der Forschungs-, Industrie- und Innovationspolitik. Sie trägt zur Modernisierung der Gesundheitsversorgung, zur Entwicklung einer biobasierten Wirtschaft, zur Resilienz der Agrar- und Ernährungssysteme sowie zur technologischen Souveränität Deutschlands bei.

22. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Translation biowissenschaftlicher Forschung in marktfähige Produkte, klinische Anwendungen und Produktionskapazitäten in Deutschland zu beschleunigen?
23. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Universitätskliniken im Bereich Biotechnologie gezielt zu stärken?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden Fragen 22 und 23 gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung will die Translation biowissenschaftlicher Forschung durch gezielte Förderung von Ausgründungen, Technologietransfer und leistungsfähigen Innovationsstandorten beschleunigen. Mit GO-Bio next werden innovative biotechnologische Projekte aus der Wissenschaft auf dem Weg zu marktfähigen Anwendungen und Ausgründungen unterstützt; hierfür sind bis 2032 über 100 Mio. Euro vorgesehen. Die technologieoffene Initiative Hightech Spaces soll zudem leistungsfähige Innovationsökosysteme stärken und kann damit gegebenenfalls auch biotechnologische Vorhaben unterstützen. Ergänzend kann gegebenenfalls ein im Rahmen von F.A.S.T. ausgewählter Transferhub für Biotechnologie den Transfer von Forschungsergebnissen in die wirtschaftliche Anwendung beschleunigen.

24. Welche Rolle spielen nach Auffassung der Bundesregierung steuerliche Forschungsförderung, beschleunigte Genehmigungen, klinische Studienbedingungen, IP-Strategien und regulatorische Rahmenbedingungen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologiestandorts Deutschland?

Steuerliche Forschungsförderung, effiziente Genehmigungsverfahren, wettbewerbsfähige Bedingungen für klinische Studien sowie innovationsfreundliche regulatorische Rahmenbedingungen sind wesentliche Faktoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologiestandortes Deutschland. Die steuerliche Forschungszulage ergänzt die direkte Projektförderung und unterstützt zusätzliche Forschungsaktivitäten insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen. Ebenso wichtig sind ein wirksamer Schutz geistigen Eigentums (IP) und ein innovationsfreundliches, bürokratiearmes IP-Ökosystem. Mit einer Nationalen IP-Strategie will die Bundesregierung diesen Bereich weiter stärken. Insgesamt kommt es darauf an, Forschung und Innovation durch verlässliche Rahmenbedingungen, leistungsfähige Forschungsstrukturen und einen schnellen Transfer in die Anwendung zu unterstützen.

25. Welche Kapazitäten bestehen an deutschen Hochschulen in biotech-relevanten Studiengängen (Biochemie, Bioinformatik, Biotechnologie, Life Sciences), und wie haben sich Studierendenzahlen und Absolventenzahlen seit 2020 entwickelt?

Die Bundesregierung verfügt über keine eigenständige Statistik zu den Ausbildungskapazitäten in einzelnen biotech-relevanten Studiengängen. Informationen zu Studierenden und Absolventinnen und Absolventen werden von den Hochschulen und vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Hochschulstatistik erhoben.

26. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verwertungsquote biotechnologischer Forschungsergebnisse aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, und wo sieht sie strukturelle Defizite im Technologietransfer?

Aufgrund der unterschiedlichen Wege des Wissens- und Technologietransfers – beispielsweise über Patente, Lizenzen, Ausgründungen, Forschungskooperationen oder Publikationen – existiert keine allgemein anerkannte Verwertungsquote, die den Transfererfolg abbildet, das gilt auch für den Bereich der biotechnologischen Forschung.

Strukturelle Verbesserungspotenziale im Technologietransfer sieht die Bundesregierung insbesondere in der konsequenteren Überführung von Forschungsergebnissen in die praktische und wirtschaftliche Anwendung, in transferfreundlichen Regelungen zum Umgang mit geistigem Eigentum sowie im Aus- und Aufbau leistungsfähiger Transferstrukturen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Daher zielt die neue Transferinitiative F.A.S.T. auf die Stärkung des Transfers in Schlüsseltechnologien der Hightech Agenda Deutschland.

27. In welchem Umfang profitieren deutsche Biotechnologieunternehmen und Forschungseinrichtungen von Horizon-Europe-Förderprogrammen, und wie bewertet die Bundesregierung die deutsche Beteiligung im europäischen Vergleich?

Deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen belegen in der Beteiligung an der EU-Forschungsförderung über das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation im Bereich Biotechnologie Spitzenplätze. (Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Beteiligungen von deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Projekten des Themenfelds Biotechnologie am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon Europe“. Datengrundlage: Horizont Europa-Vertragsdatenbank; Stand Juni 2026. Zuordnung zum Sektor Biotechnologie über die Taxonomie des Science Vocabulary der EU-Kommission.)

Deutsche Unternehmen erhalten in Projekten des Themenfelds Biotechnologie aus 205 Beteiligungen EU-Zuwendungen in Höhe von 71 Mio. Euro. Das entspricht einem Zuwendungsanteil von 3 Prozent des gesamten deutschen Unternehmenssektors. Im gesamteuropäischen Vergleich beträgt der Zuwendungsanteil von Unternehmen im Bereich Biotechnologie 4,3 Prozent.

In Bezug auf die Beteiligung in Projekten des Themenfelds Biotechnologie gehören deutsche Unternehmen gemeinsam mit französischen und spanischen Einrichtungen mit jeweils 12 Prozent Anteil an den EU-Zuwendungen des europäischen Unternehmenssektors in der Biotechnologie zu den erfolgreichsten Akteuren. Lediglich italienische Unternehmen erreichen mit einem Anteil von 15 Prozent einen höheren Zuwendungsanteil.

Auf deutsche Forschungseinrichtungen entfallen in Projekten des Themenfelds Biotechnologie aus 154 Beteiligungen EU-Zuwendungen in Höhe von 112 Mio. Euro. Ihr Anteil an den gesamten EU-Zuwendungen des deutschen Forschungssektors liegt bei 4 Prozent und damit nur geringfügig unter dem gesamteuropäischen Anteil von Forschungseinrichtungen im Biotechnologiebereich von 4,5 Prozent.

Mit einem Anteil von 17 Prozent für europäische Forschungseinrichtungen in Projekten des Themenfelds Biotechnologie an den Gesamtzuwendungen des Forschungssektors in der Biotechnologie liegt Deutschland hinter Spanien (21 Prozent) und Frankreich (19 Prozent) auf dem dritten Rang und belegt damit hinsichtlich der eingeworbenen EU-Fördermittel auch hier eine der führenden Positionen in Europa.

28. Wie wird die Umsetzung der biotechnologiebezogenen Maßnahmen der Hightech Agenda ressortübergreifend koordiniert, und welche Governance-Strukturen existieren hierfür?

Die biotechnologiebezogenen Maßnahmen der Hightech Agenda Deutschland werden regelmäßig ressortübergreifend auf Fachebene besprochen. Zudem findet auch übergreifend zur Hightech Agenda Deutschland ein regelmäßiger Austausch zwischen den beteiligten Ressorts statt.

29. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass nationale Förderprogramme komplementär zu europäischen Instrumenten wirken und keine Doppelstrukturen oder Förderlücken entstehen?

Bereits bei der Planung nationaler Fördermaßnahmen werden bestehende Förderangebote des Bundes, der Länder und der Europäischen Union im Rahmen einer Kohärenzanalyse berücksichtigt und verbleibende Förderlücken geprüft.

Die Abstimmung mit europäischen Instrumenten erfolgt außerdem über den zuständigen Programmausschuss zum EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon Europe“ und durch die Beteiligung Deutschlands an europäischen Forschungs- und Innovationspartnerschaften. Ergänzend informieren sich die Bundesministerien regelmäßig über geplante und bestehende Fördervorhaben, um Überschneidungen zu vermeiden und eine effiziente Mittelverwendung sicherzustellen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.